

Stellungnahme des Bündnis #Mietenwahnsinn zu den Ergebnissen des Wohnungsgipfels am 23.2.2021

Dieser Wohngipfel hat sich wie üblich intensiv mit den Interessen von Immobilienunternehmen und Bauindustrie beschäftigt, aber den Wohnenden nur einen Platz am Katzentisch zugebilligt – Demokratie sieht anders aus!



- Wieder hat es keine Überlegungen gegeben, Mietende vor der Finanzindustrie zu schützen, die sich den Immobilienmarkt zur Erzielung von Maximalgewinnen auserkoren hat – bezahlt von den Bewohnern der Häuser.

- Der radikal abgebaute Mieterschutz wurde nicht behandelt, geschweige verbessert. Nach wie vor sind durch zweifelhafte Eigenbedarfskündigungen ohne Ersatzwohnungsangebot Mieter massiv bedroht, Zwangsräumungen erleiden zu müssen, ohne Einschränkungen auch bei lebensbedrohlichen Frostgraden.

- Eigentumsrecht wird nach wie vor über das Menschenrecht auf Leben gestellt, ganz im Gegensatz zu den angeblichen ethischen Grundwerten von Regierungsparteien und Ministern – und dem Grundgesetz.

- Die Enteignung von Mietern durch Wuchermieten war erneut kein Thema. Im Handelsrecht sind Wucherpreise reguliert – das Mietrecht kennt das nicht.

- Der Schutz von bezahlbarem Wohnraum vor Vernichtung und Umwandlung – eigentlich ein Grundanliegen einer sozialen Wohnungspolitik – ist auf dem Wohngipfel keinen Vortrag wert und schon gar keine effektiven Maßnahmen des Ministeriums.

- Kein Schutz der Mieter bei Einkommensverlusten in der Pandemie, aber 100%ige Absicherung der Mieteinnahmen der Eigentümer ist ein Markenzeichen dieser Regierung. Wir fordern, dass die Immobilieneigentümer und Kapitalgeber auch ihren Anteil zur Bewältigung dieser Krise leisten.

- Keine Bestrebungen der Regierung sind für uns erkennbar, einen sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau im Interesse der Allgemeinheit zu fördern. Der Bestand an Sozialwohnungen wird nach

wie vor nicht geschützt noch angemessen ausgebaut.

- Weiterhin werden für uns keinerlei Anstrengungen sichtbar, den Missbrauch von Wohnraum für Spekulation und Preistreiberei einzugrenzen. Spekulativer Leerstand wird nicht bekämpft – und das trotz gleichzeitiger Wohnungsnot und um sich greifender Obdachlosigkeit in den Ballungszentren.

- Die Durchsetzung des sozialen Menschenrechts auf angemessenen Wohnraum für Jeden wird von der Bundesregierung weiterhin verzögert und verweigert. Wir fordern endlich die vollständige Umsetzung der UNO-Deklaration der sozialen Menschenrechte durch die Bundesregierung!

- Das Gemeinwohl muss Vorrang vor Privateigentum bekommen, auch beim Wohnungsbau. Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau und bei Wohnungsunternehmen muss wieder eingeführt werden, um Wohnungen aus der Profitkette heraus und leistbar halten zu können. Vergesellschaftung von großen Wohnungskonzernen gegen Entschädigung, ohne Spekulationspreise, muss im Interesse des Gemeinwohls ermöglicht werden.

Wir können zusammenfassen: nichts für die Mieter dabei, was der Rede wert ist – alles für die Konzerne und Kapitaleigner. Diese Regierung tut nichts Wirksames für uns Mieter. Der Mietenwahnsinn geht weiter – und wir wieder auf die Straße!

Wir machen auch Wahlkampf!

Berlin, 23. Februar 2021

Bündnis gegen #Mietenwahnsinn und Verdrängung